

Nur kurze Liebe zu Pensionisten

DER STANDARD 2./3. NOVEMBER 2002

Egal, welche Regierung kommt: Um eine Pensionsreform wird sie sicher nicht herumkommen. Schon allein deshalb, weil sie als gemeinsames EU-Ziel festgelegt ist. Ähnlich unumgänglich ist eine Reform des veralteten Systems der Sozialhilfe.

Eva Linsinger

Im Wahlkampf sind Pensionisten beliebt. Sie werden mit Versprechen umschmeichelt – kann es sich doch keine Partei leisten, auf den Riesenwählerpool von zwei Millionen Pensionisten zu verzichten. Die Liebe zu den Pensionisten endet aber mit der Wahl.

Dann dominiert nicht mehr die große Wählerzahl der Pensionisten, sondern die hohe Summe der Pensionen. Kein EU-Land gibt so viel für Pensionen aus wie Österreich: 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Höhere Lebenserwartung verteuert das System: Seit 1970 ist die Pensionsdauer von Männern um 363 Prozent gestiegen. Auf 1000 Erwerbstätige werden 2004 schon 640 Pensionisten kommen. Dennoch verabschiedet man sich früher in den Ruhestand als sonst wo: Als statistischer Mann mit 59, als Frau mit 57,5 Jahren.

Die Pensionsreform der VP/FP-Regierung hat den Run in die Pension verlangsamt. Allerdings reicht die Pensionsreform bei weitem nicht, das Ziel zu erreichen, zu dem sich Österreich wie alle EU-Länder verpflichtete: Bis 2010 soll um fünf Jahre später in Pension gegangen werden. Damit gingen Männer mit 64 (ein Jahr vor ihrem gesetzlichen Pensionsalter) und Frauen mit 62,5 (zwei Jahre nach ihrem gesetzlichen Pensionsalter) in den Ruhestand. Wie dieses EU-Ziel erreicht werden soll,

darüber schweigen sich alle Parteien im Wahlkampf aus.

Dass das Frauenpensionsalter mit 60 um fünf Jahre unter dem der Männer liegt, und das bis 2019, ist eine Besonderheit des Pensionssystems. Nach der Meinung des Sozialexperten Bernd Marin schadet das vor allem Frauen: Liegt doch die Frauenpension mit 678 Euro deutlich unter der der Männer (1444 Euro). Das noch größere Problem ist, dass 40 Prozent der Frauen gar keine eigene Pension haben – was alle Parteien ändern wollen.

Auf Änderungen einstellen müssen sich auch die Beamten, egal, welche Regierung kommt: Ist es doch allen Parteien ein Anliegen, das teurere Beamtensystem an das der ASVG-Versicherten anzupassen. Beamte können mit 60 in Pension gehen und beziehen mehr Pension – Männer 2468, Frauen 2387 Euro.

Auch bei den Frühpensionen wird sich bei jeder Regierung etwas ändern: Derzeit sind rund 220.000 Menschen in Frühpension. Daran haben die Abschreckungsmaßnah-

men (Abzüge von der Pension) wenig geändert. Wahrscheinlich werden diese Maßnahmen verschärft. Voraussetzung für jede Verschärfung ist aber genug Arbeit für Ältere – sonst steigt nur die Zahl älterer Arbeitsloser.

Und damit die Zahl jener, die aufs Arbeitslosengeld angewiesen sind. Die Kritik am Arbeitslosengeld ist gleich wie die an allen Sozialleistungen (außer den Familienleistungen): Sie ist zu niedrig. Maximal 36 Euro täglich werden an Arbeitslose bezahlt, durchschnittlich 690 Euro pro Monat. Damit liegt Österreich am unteren Ende der EU-Statistik.

Wie auch bei der Sozialhilfe. Die meisten EU-Staaten geben dafür ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus, Österreich 0,2 Prozent. Zudem, so die Kritik von Sozialexperten, hat das Netz Sozialhilfe zu große Lücken, um Notlagen effizient zu mildern. Statt zäh an Einzelteilen des Systems herumzureformieren, scheint SPÖ und Grünen eine Grundsicherung (die die Differenz zwischen Einkommen und existenzsicherndem Mindestbetrag ausgleicht) der bessere Ansatz.

Eine solche weit reichende Umstellung des Sozialstaats wollen ÖVP und FPÖ nicht. Sie planen, die Ländersache Sozialhilfe bundesweit zu vereinheitlichen. Allerdings: Das planten sie schon in der abgelaufenen Legislaturperiode. Wirklich gemacht haben sie anderes – Kürzungen im Sozialbereich, etwa für Unfallrentner mit der Unfallrentensteuer, unter dem Titel „Soziale Treffsicherheit“.